

Gemeinwohlökonomie im Jahr 2126

Das Ziel dieses alternativen Wirtschaftssystems ist vor allem, das vormalig herrschende neoliberale System der Gewinnmaximierung um jeden Preis durch ein naturerhaltendes, soziales Wirtschaftssystem zu ersetzen und damit den notwendigen Wandel der Leistungsgesellschaft in eine Welt der selbstbestimmten Tätigkeit zu vollziehen. Eine grundlegende, nachhaltige Lösung dieses Problems muss zwangsläufig den systemischen Gesamtzusammenhang in den Vordergrund stellen und darf sich nicht in der Identifikation von Einzelproblemen verstricken.

Nur weil eine elitäre Minderheit über Jahrzehnte das bestehende System zu ihrem Vorteil manipuliert hat, will man jedoch das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen oder ein vollkommen neues Geld- und Finanzsystem entwickeln und erproben.

Um alle Menschen an dem gemeinsam erarbeiteten Zuwachs der Wertschöpfung teilhaben zu lassen, reicht es aus, zunächst einmal die trivial-arithmetischen Zusammenhänge in einer Volkswirtschaft zu beachten und daran seine wirtschaftspolitischen Entscheidungen auszurichten. Der Staat steuert folglich unter Beachtung der gesamtwirtschaftlichen Logik die Volkswirtschaft in der Weise, dass die Teilhabe der Menschen am Produktivitätsfortschritt gesichert ist und dauerhaft wirtschaftliches Gleichgewicht und Geldwertstabilität erreicht wird.

Die Lösung beinhaltet eine gleichzeitige Demokratiereform in der Weise, dass die Zentralbank zu einer vierten Staatsgewalt, der Monetative, wird. Da deren neue Aufgaben im Wesentlichen mit steuerlichen Maßnahmen umzusetzen sind, könnte man im ersten Gang versucht sein, sie organisatorisch auch mit Hilfe der Finanzpolitik zu lösen. Das hätte zwar den angenehmen Nebeneffekt der leichteren politischen Durchsetzbarkeit, wäre aber – wie im Folgenden noch gezeigt wird – nicht zielführend im Sinne eines Strebens nach dauerhaft wirtschaftlichem Gleichgewicht und Geldwertstabilität.

Es ist bereits lange bekannt, dass ein wirtschaftliches Gleichgewicht in einer Periode immer genau dann besteht, wenn die Pläne, Geldvermögen aufzubauen, mit den Plänen, Geldvermögen abzubauen, übereinstimmen. Dieser wichtigste Zusammenhang des wirtschaftlichen Gleichgewichts und damit einer tendenziellen Stabilität des Geldwerts wird hergestellt, indem die privaten, also die nichtstaatlichen Geldsparpläne abgesenkt und die Staatsverschuldung zu ‚guten‘ und ‚schmerzfremen‘ Schulden gemacht werden.

Neue steuerliche Instrumente wie eine variable Kreditsteuer, optionale monatliche Steuergutschriften oder optionale monatlich anpassbare Einkommensteuerzuschläge schaffen dabei neben der [automatischen Mikrosteuer](#) die entscheidenden Anreize, Sachwert- und Eigenkapitalinvestitionen dem Sparen im herkömmlichen Sinne, also zur risikolosen Geldhaltung, vorzuziehen.

Staatsschulden sind bekanntlich bisher zu wenig erhobene Steuern bei den Angehörigen der eigenen Staatengemeinschaft. Schon aus diesem Grund lässt man sie nicht länger verbriefen auf den Finanzmärkten der Welt vagabundieren, sondern bucht und tilgt sie fortan selbst. Die Zentralbank übernimmt diese Aufgabe aktiv als ‚Forderung gegen Steuerzahler‘ mit Passivierung als ‚Guthabekonto des Staates‘. So wird nach Auslaufen der herkömmlichen verzinslichen Staatsanleihen der Staat finanziert und damit die Guthaben-/Geldvermögenskrise, die vorher fälschlicherweise gerne als ‚Schuldenkrise‘ titulierte wurde, beendet.

Durch die Gewaltenteilung zwischen der völlig unabhängigen und mit der eigenen Steuerhoheit agierenden Notenbank einerseits und der Regierung andererseits ist dieser Ablauf gesellschaftlich gut verantwortbar. Die Notenbank ist dabei in ihren Zielen und geldpolitischen Instrumenten eindeutig dem Wohle aller Bürger verpflichtet und nicht wie in der neoliberalen Konterrevolution vornehmlich der Freiheit der ‚Märkte‘. Die Regierung wird dadurch ihrerseits nicht in die Rolle eines Nachwächters gedrängt, sondern kann sich - ebenfalls im Sinne des Gemeinwohls - voll auf die Regulierung der Finanzmärkte konzentrieren. Die ständig sinkenden Staatsschulden und die ‚Nullinflationpolitik‘ schaffen zusätzliches Vertrauen in dieses neue Erfolgskonstrukt.

Die Deregulierung der Finanzmärkte, die die Politik seit Ende der 1980er Jahre vorangetrieben hatte, wird 2055 weltweit beendet. Sie hat bis dahin zu einer kompletten Loslösung dieser Märkte von der Realwirtschaft und das Überschießen in eine Art ‚Kasinokapitalismus‘, in Spekulationsgeschäfte mit irrationalen Wetten und artifiziellen ‚Finanzprodukten‘ in immer aberwitzigeren Dimensionen geführt. All dies zielte allein darauf ab, die Gier der Anleger anzustacheln, damit Banken, Schattenbanken (Geldmarktfonds, Zweckgesellschaften, Private-Equity-Firmen und Hedgefonds) sowie andere Finanzjongleure und vor allem deren Spitzenmanager daran unglaubliche Summen verdienen konnten.

Diese Vorgänge als kriminelle Einzelfälle ab zu tun, war sinnbildlich für die Qualität von Moral und Unrechtsbewusstsein in der damaligen Finanzbranche. Sie gefährdete aber nicht nur einzelne Kapitalanleger, sondern das gesamte Gemeinwesen. Denn viele Rohstoffpreise, darunter auch Preise für Nahrungsmittel, waren systematisch von der Spekulation verzerrt. Menschen hungerten oder starben, weil Mais-, Reis- oder Getreidepreise systematisch über Derivatmärkte nach oben getrieben wurden. Dabei wurden gar keine Werte geschaffen, sondern es wurde nur umverteilt. Denn wenn beispielsweise viele Leute in Rohstoff Futures investierten und deswegen auf den Weltmärkten die Rohstoffpreise stiegen, wurden nur die Produzenten von Rohstoffen reicher. Die Konsumenten hingegen verarmten, weil sie für die Güter des täglichen Bedarfs mehr Geld bezahlen mussten. Der Gewinn des Einen war der Verlust des Anderen.

Neben der Beendigung der Spekulation mit Wirtschaftswerten – allen voran Währungen, Rohstoffe und Zinsen – wird als weitere Maßnahme zur Regulierung der Finanzmärkte die Trennung der Banken analog zu ihren bisherigen Hauptaktivitäten institutionell in Geschäfts- und Investmentbanken verfügt. Wenn die diversen Finanzkrisen der vergangenen Jahrzehnte eines bewiesen hatten, dann doch die Tatsache, dass Investmentbanker nicht mit Geld umzugehen verstehen. Sie dafür noch zu belohnen, indem man sie mit billigem Zentralbankgeld ausstattete, ist nicht länger einzusehen. Die Banken nehmen also wieder ihre eigentlichen Aufgaben - das sind vor allem die Kreditvergabe, der Zahlungsverkehr sowie die Eigenkapitalvermittlung im Realsektor - wahr. Die Investmentbanken, die nach vorheriger Größenlimitierung geschrumpft, besser kapitalisiert und sicherer finanziert (Leverage) sind, betreiben von nun an die Platzierung von Neuemissionen und Börsengängen (IPOs), Hilfen bei der Aufbringung von Fremdkapital, Mergers and Acquisitions (M&A), Vermögensverwaltung und den Eigenhandel. Die Sozialisierung der Spekulations-Verluste unterbleibt fortan, was nachhaltig zu ausgeglichenen Staatshaushalten beiträgt.

Alle Maßnahmen zusammen führen zu folgenden, gesellschaftspolitisch entscheidenden Wirkungen:

- Die emittierten Währungen werden zu kaufkraftstabilen Zahlungsmitteln und (kurzfristigen) Wertaufbewahrungsmitteln.
- Die Staatsverschuldungen werden abgebaut.
- Der Zwang zum Wirtschaftswachstum wird beendet.
- Nationale oder gar regionale Geldpolitik kann auch innerhalb von Gemeinschaftswährungen praktiziert werden.

- Die Eigenkapitalisierung und damit die Krisenfestigkeit der Wirtschaft wird gestärkt.
- Die Stabilitätserwartungen steigen – die Risikoprämien sinken deutlich.
- Der Anteil der Kapitalerträge am Volkseinkommen wird erheblich verringert – dadurch wächst die soziale Gerechtigkeit.
- Für bestehende Staatsschulden ergibt sich eine weitgehend zinslose Staatsfinanzierung.
- Demokratische Machtverhältnisse können wiederhergestellt werden.
- Die oft über viele Jahre praktizierte inflationäre „Wiederwahl-Konjunkturpolitik“ wird verhindert.
- Internationale Konflikte aus Exportsalden werden vermieden.
- Krieg als klassisches Mittel der Deflationsbekämpfung findet nicht länger statt.
- Crash und Bürgerkrieg in den Nationen gibt es nicht mehr.

Alle übrigen Zusammenhänge, die auf bestimmten Märkten vom menschlichen Verhalten abhängen, werden von der Gesellschaft im Sinne der größtmöglichen Wohlfahrt aller geregelt. Die Grundsätze des Systems sind folgende:

- Naturnutzungsrechte, Gesellschaftseigentum, Gemeinschaftseigentum und Privateigentum koexistieren friedlich, maßvoll und harmonisch im Sinne einer evolutionären Weiterentwicklung der Menschheit als Teil der Natur.
- Soziale Sicherungssysteme schützen jeden Menschen vor wirtschaftlichem Absturz und gesellschaftlicher Ausgrenzung.
- Die Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen ist limitiert.
- Unbezahlte Haus- und Pflegearbeit – insbesondere von Frauen – gibt es nicht mehr.
- Unternehmen werden branchenbezogen ab einer bestimmten Größe am weiteren Wachstum gehindert.
- Handelsräume werden durch gemeinsame Umwelt-, Digital-, Sozial-, Arbeits-, Steuer-, Transparenz- und Antikorruptionsstandards geschützt.
- Öffentliche Güter und Dienstleistungen ergänzen die privaten Angebote insbesondere in wirtschaftlich unattraktiven, gesellschaftlich jedoch relevanten Bereichen.
- Die Gleichheit der Startchancen in ein erfülltes Leben wird durch ein öffentliches Bildungs- und Gesundheitssystem sowie die Beschränkung des Erbrechts garantiert.

Die individuelle Kontrolle der Beachtung dieser Grundsätze erfolgt durch einen Open-Source-Algorithmus, der automatisch die Daten von jedem Marktteilnehmer einzieht und evaluiert. Dabei werden in einer Matrix Werte wie ökologische Nachhaltigkeit, Menschenwürde, Gleichheit, Solidarität, Gerechtigkeit, Transparenz und Mitentscheidung mit den gesellschaftlichen Partnern wie Investoren, Gesellschaftern, Aufsichtsgremien, Mitarbeitern, Kunden, Lieferanten oder dem öffentlichen Umfeld verknüpft. Über ein Scoring-System werden auch Anreize der wirtschaftlichen Belohnung geschaffen, etwa durch Bevorzugung bei öffentlichen Aufträgen oder Zahlung niedrigerer Steuern oder Abgaben.